

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 10. Dezember 1966

Blatt 3694

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Das Personal der Stadt Wien

=====

10. Dezember (RK) Am zweiten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe I (Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform) behandelt. Stadtrat Hans Bock (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"Es obliegt mir nunmehr, mit der Geschäftsgruppe I die Spezialdebatte zu eröffnen, und ich bitte Sie, die Versicherung entgegenzunehmen, daß es wie immer mein Bestreben sein wird, Sie über die Probleme meines Ressorts ausführlich zu informieren.

Erst allmählich scheint die tägliche Berührung der Bevölkerung mit dem öffentlichen Dienst neben den "klassischen" Beamtentyp das Bild eines Menschen von heute zu stellen, der sich von seinen Mitbürgern nur darin unterscheidet, daß er nicht den wirtschaftlichen, politischen oder ideellen Interessen eines einzelnen oder einer Gruppe dient, sondern dem Wohle der Allgemeinheit. Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang einige Worte zur jüngsten Korruptionsaffäre und der in deren Folge wiederholt vorgebrachten Pauschalverdächtigungen gegen die Beamtenschaft. Ich weiß, so mancher hat über die Beamten seine eigenen Vorstellungen und hält daran fest, Er läßt sich sein oft jahrzehntealtes Bild des Beamten nicht rauben und findet gegenwärtig nur wieder die Bestätigung der Richtigkeit seiner Vorstellungen. Andererseits kann der öffentliche Dienst die Beziehungen zur Bevölkerung nur dann erfolgreich pflegen, wenn auch seine inneren menschlichen Beziehungen gesund sind.

./.

Führungsmethoden und organisatorische Grundsätze allein wirken keine Wunder. Sie müssen auf Menschen treffen, die sich vom höchsten Vorgesetzten bis zum letzten Mitarbeiter ihrer gemeinsamen Aufgabe und Verantwortung bewußt sind. Das hängt wesentlich von der inneren Einstellung des einzelnen ab. Wir alle wissen, daß die Wirtschaft im allgemeinen kein so systematisches Dienst- und Besoldungsrecht wie der öffentliche Dienst kennt. Über die Vor- und Nachteile läßt sich streiten. Die Beamten beneiden zuweilen die Freizügigkeit in der Wirtschaft. Deshalb möchte ich feststellen, daß bei Korruption immer fälschlich die Frage der Besoldung aufgeworfen wird. Korruption ist meiner Meinung nach in erster Linie eine Frage der Moral. Der Wandel des gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ist so einschneidend, daß einige Worte über Ursache und Wirkung gesagt werden müssen. Heute liegt das Schwergewicht darauf, dem öffentlichen Dienst auf allen Gebieten immer höhere und vollkommene Leistungen abzuverlangen. Unsere hochzivilisierte, technisierte, arbeitsteilige, dichtbevölkerte, im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf und in der Spannung zwischen Ost und West liegende Welt ist erheblich störungsempfindlicher geworden. In der Zeit des 'sozialen Aufbruchs' hat sich der einzelne aus seiner Schicksalsergebenheit gelöst. Er fordert gleiche Rechte und gleiche Chancen. Der wachsende Wohlstand weckt neue Bedürfnisse. Wer sich nicht mehr in erster Linie um Essen, Wohnung und Kleidung sorgen muß und ein längeres Leben als seine Vorfahren erwartet, interessiert sich für soziale Sicherheit, eine gute Altersversorgung, eine bessere Erziehung und Ausbildung seiner Kinder, für Stätten der Bildung und Erholung und für die Erhaltung der Gesundheit. Wenn neue oder erweiterte Gemeinbedürfnisse von einer genügend großen Gruppe als dringend empfunden werden und sich politisch durchsetzen, kommen sie als neue oder erweiterte Aufgaben auf die Verwaltung zu. Daneben wird der öffentliche Dienst auch im Rahmen seines allgemeinen Auftrages aus eigener Initiative tätig, und es wird als selbstverständlich erwartet, daß er auch den sozial Schwachen und Ungewandten ohne ausdrücklichen Antrag mit Rat und Tat zur Seite steht.

Wandlungen der Verwaltung

All diese Wandlungen spiegeln sich im öffentlichen Dienst wider. Die verfeinerte rechtliche Stellung des einzelnen bedingt kompliziertere und aufwendigere Verwaltungsverfahren. Aus einer passiven Verwaltung ist eine aktive geworden, aus einer beobachtenden eine planende. Schließlich ist nicht zu übersehen, daß die Verwaltung mit ihren Aufgaben stetig wächst, die Aufgaben weiter zunehmen werden und ein Stillstand noch nicht abzusehen ist. Vielleicht schließt eine lebendige und gut funktionierende Demokratie einen solchen Stillstand von vornherein aus. Es ist daher bedeutsam, Ausmaß und Intensität derartiger Wandlungen möglichst bald und klar zu erkennen, damit die richtige Einstellung dazu gefunden und das Tun danach ausgerichtet werden kann. Mag die Verwaltung noch so leistungsfähig und das bisher Geschaffene noch so großartig sein, es türmen sich immer neue Aufgaben, immer neue Projekte und Sorgen vor ihr auf. Diese neue Situation erzeugt nun sichtlich auch neue Notwendigkeiten. Ob man mit den vielfältigen Problemen in der rechten Weise fertig wird, das wird sich in erster Linie daraus beantworten, ob die, die diese Verwaltung führen und in ihr tätig sind, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen vermögen.

Personalnot der Verwaltung

Eine Zeiterscheinung, mit der sich nicht allein der öffentliche Dienst zu beschäftigen hat und die keineswegs ein spezifisch österreichisches Problem darstellt, ist die chronische Personalnot. Im Zeichen der Vollbeschäftigung herrscht ein ständiger Nachfrageüberhang nach Arbeitskräften, und für die nächsten zehn Jahre zeichnet sich eher eine Anspannung als eine Entspannung der Arbeitsmarktsituation ab. Es zeichnet sich überhaupt eine Änderung der Beschäftigungsstruktur ab. Die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft sank um 17 Prozent - dem steht ein Anstieg um 20 Prozent in der Industrie und um 18 Prozent in den übrigen Sektoren gegenüber. In Österreich waren Ende Juni dieses Jahres in der Wirtschaft und in der Verwaltung 2.417.400 unselbständige Arbeitskräfte beschäftigt, gegenüber 2.400.700 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dies bedeutet eine Zunahme der Beschäftigten um 16.700 Personen.

Die Beschäftigung konnte vor allem deshalb stärker erhöht werden, weil mehr Gastarbeiter zur Verfügung standen. Mitte Juni waren im Rahmen des Gastarbeiterkontingents 41.700 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, gegenüber 26.200 Ende Juni 1965. Die Zahl der Beschäftigten hat im Jahresverlauf um 16.700 Personen zugenommen und die Zahl der Gastarbeiter um 15.500 Personen, sodaß im ganzen Jahresverlauf der Stand der inländischen Arbeitskräfte nur eine Erhöhung um 1.200 Personen erfahren hat. Trotz der steigenden Zahl ausländischer Arbeitskräfte nimmt die Zahl der vorgemerkten österreichischen Arbeitssuchenden ständig ab. Analog dazu werden die offenen Stellen immer mehr. Bei der Stadt Wien schafft die Personalnot in zahlreichen Dienstzweigen - es mangelt vor allem an Personal in den Sozialdiensten, an Kanzlei- und ungelernten Personal - schwer lösbare Probleme und Schwierigkeiten. Es könnte also der Fall eintreten, daß die Verwaltung personell nicht mehr in der Lage ist, neu übertragene oder erweiterte Aufgaben zu erfüllen. Neben der öffentlichen Verwaltung richtet die Wirtschaft suchende Augen auf den leeren Arbeitsmarkt. Wer vermag zu entscheiden, ob das Wachstum der Wirtschaft oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben den Vorrang haben soll. Im Interesse des Ganzen muß jeder einen großen Teil seiner Wünsche zurückstecken. Wegen der stärkeren rechtlichen und finanziellen Bindung kann die Verwaltung ohnehin nicht so beweglich operieren. Eines möchte ich aber vorwegnehmen: daß mehr Geld durchaus nicht das Wundermittel gegen Personalsorgen bedeutet. Wäre es dies, so würde dieses Problem nicht auch in Staaten mit höherem Lebensstandard vorhanden sein.

Rationalisierung der Verwaltung

Das Wort Rationalisierung ist ein Fremdwort, aber kein fremdes Wort für die Verwaltung. Die Rationalisierung verheißt selbstverständlich keine Sensationen. Sie lebt von permanenter und mühevoller Kleinarbeit. Ein Fertigungsbetrieb bietet größere Rationalisierungsmöglichkeiten als ein Dienstleistungsunternehmen, und der Rationalisierung sind deshalb in der Verwaltung Grenzen gesetzt. Die geistige Arbeit des Arztes, des Lehrers und so fort, kann kaum technisch rationalisiert werden.

Die Rationalisierung erschöpft sich jedoch nicht darin, Personal und Sachmittel einzusparen, genauso wichtig ist es, Pläne für eine einfachere, schnellere und wirksamere Verwaltungsarbeit zu entwickeln. Wesentliche Möglichkeiten zur Rationalisierung erschließen die elektronischen Datenverarbeitungsanlagen. Gemeint ist damit die Mechanisierung und die Automation, die weitgehend schon heute, mehr aber noch in der Zukunft das Bild unserer Verwaltung mitbestimmen werden. Es ist sicher, daß sich die Verwaltung dieser Bewegung, aus den Gründen rationellen Verfahrens und rationaler Personalwirtschaft, nicht wird entziehen können.

Wenn ich die der Magistratsdirektion unterstehende Elektronenanlage herausgreife, verrechnet diese derzeit unter anderem rund 22.000 Pensions-, 14.500 Aktivbezüge und die gesamten Wassergebühren für Wien, die Pflegegebühren, das Entgelt für rund 3.700 Hausbesorger und erstellt Lochkartenmäßig für rund 30.000 Mieter die Zinseinhebungslisten. Auch die rund 1,3 Millionen Lochkarten der Wählerrevidenz haben es ermöglicht, für die Nationalratswahl 1966 die erforderlichen Wählerverzeichnisse, 55.000 Seiten je Exemplar, 87.000 Hauskundmachungen und 87.000 Hausstreifen für ganz Wien herzustellen. Eine Namenskartei wurde erstellt, wobei zu bemerken ist, daß es zunächst beabsichtigt war, diese Aufgaben einem Privatunternehmen zu übertragen. Nach Angeboten beliefen sich die Kosten auf 550.000 Schilling. Unter großen Mehrleistungen der Bediensteten der Elektronenanlage konnte die Namenskartei jedoch mit einem Kostenaufwand von nur rund 150.000 Schilling bewältigt werden. Die bestehende Datenverarbeitungsanlage muß zur Übernahme weiterer Aufgaben vergrößert werden. Durch Ersatz von Teilen der bestehenden Anlage gegen neue, leistungsfähigere Maschinen soll dies im Frühjahr 1967 ermöglicht werden. Mit den Adaptierungsarbeiten der für diese Maschinen vorgesehenen Räume wurde bereits in diesem Jahr begonnen.

Elektronen in der Verwaltung

Die elektronische Datenverarbeitung ist nicht mehr aufzuhalten und macht auch in der Verwaltung lebhaft Fortschritte. Was jetzt noch an Argumenten gegen die Datenverarbeitung vorgebracht wird, hat seine Ursache in der Unkenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten.

Aber es will doch schon möglich erscheinen, einige Aussagen über die Veränderungen zu wagen, die sich im Zuge dieser Mechanisierung und Automation ergeben werden. Man kann damit rechnen, daß mit Hilfe universeller Anlagen die Arbeit der Verwaltung auf die Dauer schneller erledigt werden kann als heute. Dabei wird sie auch an Genauigkeit und Gleichmäßigkeit gewinnen. Erfahrungen in dieser Richtung liegen schon heute vor. Aller Wahrscheinlichkeit nach, wird die fortschreitende Mechanisierung auch zu einer Konzentration der Verwaltung führen müssen und neben der Gegebenheit einer besseren und rascheren Planung, die Möglichkeit zu einer Vorschau bieten. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Verwaltung nach und nach personell verringern wird. Wer allerdings nach dieser Richtung hin Wunderdinge erwartet, wird mit einiger Sicherheit enttäuscht werden. Gewiß wird dieser Prozeß nicht ohne manche Schwierigkeit ablaufen. Aber es ist sicher, daß eine moderne Verwaltung ebensowenig wie die Wirtschaft auf diese Hilfsmittel verzichten kann. Obwohl wir der automatischen Datenverarbeitung schon vieles verdanken und Fachleute sich intensiv mit konkreten Plänen für die nächste Zeit beschäftigen, hat die Zukunft der Automation, gemessen an ihren Möglichkeiten, erst begonnen. Vieles hängt von der technischen Vervollkommnung ab. Wie wirtschaftlich die Automation ist, wird sich über einen längeren Zeitraum eindeutig zeigen. Auch ohne Kostenersparnis läge ein unschätzbarer Gewinn darin, daß wertvolle menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt wird.

Nachwuchs für die Verwaltung

Als weitere personelle Notwendigkeit erscheint es, den Nachwuchs zu sichern, zu schulen und zu betreuen. Hinsichtlich des Nachwuchsproblems wird die laufende Einstellung einer erhöhten Anzahl von jugendlichen Mitarbeitern notwendig erscheinen, verbunden mit dem Bemühen, Vorsorge zu treffen, daß diese jungen Menschen einer besseren Schulung, einer intensiveren Anleitung und auch einer liebevolleren Einführung teilhaftig werden. Der zunehmende Umfang an Betreuungsarbeit machte es notwendig, im Rahmen meiner Geschäftsgruppe ein eigenes Büro für die Jugendbetreuung einzurichten.

Der Aufgabenkreis der Jugendbetreuung umfaßt die Förderung der jungen Mitarbeiter in beruflicher, sozialer und psychologischer Richtung. Vor allem soll die Eingliederung der jungen Bediensteten in den Verwaltungsbetrieb rasch und ohne Schwierigkeiten erfolgen, gleichzeitig sollen sie durch Veranstaltungen, die einen berufsbildenden Charakter besitzen, für den Verwaltungsbetrieb mobiler gemacht werden. Durch Exkursionen und Besichtigungen verschiedener Einrichtungen der Verwaltung soll den jungen Bediensteten Einblick in den Aufgabenbereich einer modernen Stadtverwaltung und deren kulturelle Institutionen gewährt werden. Vorträge, Film- und Lichtbildvorträge sowie Führungen sollen dem Nachwuchs am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben Anteil nehmen lassen. In Diskussionen sollen aktuelle Probleme der Gegenwart näher gebracht werden. Nicht zuletzt wird durch verschiedene Veranstaltungen versucht, die menschlichen Beziehungen der jungen Bediensteten zu fördern, die Betriebsatmosphäre zu verbessern und das Gefühl, der großen Gruppe der Gemeindebediensteten anzugehören, zu stärken. Wir dürfen nicht erwarten, daß unsere jungen Bediensteten allein durch schriftliche Einladungen und Zusammenkünfte angesprochen werden. Man kann ihr Interesse richtig wecken, wenn man sie zu geistigem Miterleben führt. Nichts ist wichtiger, als klarzumachen, was ihnen geistig gut tun könnte, was es Interessantes für sie gibt und daß man selbst bereit ist, sie mitzunehmen, um ihnen die ersten Schritte zu erleichtern. Bei der Planung von Veranstaltungen wird selbstverständlich auf die verschiedenen Altersstufen Rücksicht genommen. Die Betreuung unserer Lehrlinge soll in Ergänzung zu ihrer Ausbildung stehen. Jeder junge Bedienstete nimmt jährlich an ungefähr sieben Veranstaltungen teil. Der zu betreuende Personenkreis umfaßt Verwaltungsbeamte, Kanzleibedienstete, Krankenpflegeschülerinnen und Lehrlinge. Zu den Großveranstaltungen, gemeint sind damit die alljährliche Schiffahrt, ein Theaterabend und der heuer zum erstenmal in der Stadthalle veranstaltete 'Bunte Abend', wurden unter anderem auch junge Schema I-Bedienstete, Schüler der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Horterzieher des Institutes für Heimerziehung, der Lehranstalt für gehobene Sozialberufe sowie Kindergärtnerinnen und Kindergartenhelferinnen eingeladen.

Im Jahre 1966 wurden insgesamt 94 Veranstaltungen mit 6.200 Teilnehmern abgehalten. Auf Grund der gemachten Erfahrungen ist es unser Bemühen, den Betreuungsplan für das Jahr 1967 zu erweitern und zu verbessern.

Man sollte überhaupt danach trachten, die Bediensteten über ihr fachliches Wissen hinaus mit den allgemeinen Grundsätzen, Methoden und Arbeitsweisen der Verwaltung so gut wie möglich vertraut zu machen. Es erweist sich immer mehr, daß bei den vielfältiger und komplexer werdenden Verwaltungsaufgaben das reine Fachwissen allein, mag es noch so fundiert sein, nicht mehr zu genügen vermag. Immer mehr wird es notwendig, die Zusammenhänge und Auswirkungen aller Maßnahmen in ihrer ganzen Breite zu sehen und in einem größeren Rahmen zu erfassen. Die Verwaltung muß daher immer mehr Möglichkeiten schaffen, um ihre Beamten weiterzubilden und zu betreuen.

Personalwerbung für die Verwaltung

Wir haben den Versuch, die Mobilisierung etwaiger noch vorhandener heimischer Arbeitskräfte reserven im Wege einer intensiven Personalwerbung zu erreichen, konsequent weiterverfolgt. Wien war auch auf diesem Gebiet beispielgebend, und wir können mit der Werbung der Privatwirtschaft durchaus Schritt halten. Die Werbeaufwendungen der österreichischen Wirtschaft in der Inseratenwerbung waren im ersten Halbjahr 1966 bei der Tagespresse um 16 Prozent höher als /1965 und um 39 Prozent höher als 1964. Bei den Wochenzeitungen stieg der Werbeaufwand sogar um 30 Prozent. Unsere verstärkten Werbeinvestitionen in der Tagespresse und in den Wochenzeitungen von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, mit Auflagen von 980.000 bis 2,4 Millionen und einer Gesamtreichweite von 1,5 Millionen bis 3,8 Millionen erstreckten sich auf die Bereiche der Verkehrsbetriebe, Krankenpflege, Erzieher, gehobene Sozialberufe sowie verschiedene kleine Insertionen, die von gelegentlichen Sonderaktionen unterstützt wurden, wie zum Beispiel den Einsatz eines Werbebusses. Parallel zur Anzeigenwerbung starteten wir eine Rundfunkwerbung und bedienten uns auch eines überaus erfolgreichen und attraktiven Werbeträgers, des Plakates. Die berufskundlichen und personalwerbenden Fernsehfilme über die sozialen Berufe und die Verkehrsbetriebe möchte ich nicht unerwähnt lassen.

Die Auswertung dieser Aktionen, die vor allem durch ihre einheitliche Linie die erhöhte Aufmerksamkeit weiterer Bevölkerungsschichten auf sich gezogen haben, erbrachten einen guten Erfolg, wenn man die tatsächlichen Aufnahmen ins Verhältnis zu den Anfragen setzt.

Teilzeitbeschäftigung in der Verwaltung

Die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung, insbesondere bei Frauenberufen, wurden eingehendst geprüft, wobei sowohl berechtigte Wünsche der Frauen als auch die Interessen der Ganztagsbeschäftigten in Betracht gezogen wurden. Die Praxis zeigt uns aber leider im großen und ganzen vorläufig ein negatives Ergebnis. Bei den Verkehrsbetrieben zum Beispiel wurde ein Schaffnerinnen-Kurzvertrag ausgearbeitet und die anfänglich angestellten Befürchtungen, daß viele Vollbeschäftigte, man rechnete mit rund 200, zur Kurzbeschäftigung übergehen und dadurch ein noch größerer Personalmangel entstehen würde, sind nicht eingetreten. Lediglich sieben Bedienstete machten von der Möglichkeit der Kurzbeschäftigung Gebrauch. Die direkte schriftliche Einladung an über 500 aus dem städtischen Dienst ausgetretene Krankenschwestern, den Pflegeberuf in Teilbeschäftigung auszuüben, erbrachte ein unbefriedigendes Ergebnis. Neben Anfangserfolgen hinsichtlich des Einsatzes von teilbeschäftigten Bediensteten auf den Sektor des Haus- und Küchenpersonals sowie des Kanzleidienstes hat sich im Rahmen der Maßnahmen zur Behebung des Schwesternmangels lediglich die Schaffung der Posten für Abteilungshelferinnen am wirksamsten erwiesen. Diese Einrichtung hat sich als zweckdienlich gezeigt und wesentlich dazu beigetragen, das Pflegepersonal von den verschiedensten Hilfsarbeiten zu entbinden.

Dem Problem des Personalmangels im Pflegeberuf, bei dem es sich um ein ernstes Problem handelt, das sich nicht nur auf Österreich beziehungsweise Wien, sondern auf fast alle europäischen Länder erstreckt, muß besonderer Wert beigemessen werden. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß dieses Problem verschiedenartig in Erscheinung tritt und daher jeweils einer besonderen Behandlung bedarf.

Der Mangel an Pflegepersonal entstand während des zweiten Weltkrieges, wurde seither wohl immer wieder überbrückt, konnte aber nicht endgültig behoben werden. Die Anstrengungen zur Behebung des Schwesternmangels können sich sicher nicht darauf beschränken, möglichst viele Schülerinnen zu rekrutieren, ebenso wichtig sind Maßnahmen, um den Krankenhäusern das Pflegepersonal zu erhalten. Der Zuwachs neu diplomierter Krankenschwestern ist in den letzten Jahren gestiegen und die zahlreicher werdenden Eintritte in die Krankenpflegeschule lassen für die nächsten Jahre einen weiteren Anstieg erwarten.

Eine der Maßnahmen zur Behebung des Personalmangels im Krankenpflegedienst ist eine Herabsetzung des Eintrittsalters in die Krankenpflegeschulen. Wir haben auch in dieser Richtung einen Anstoß gesetzt. Die Einführung des 9. Schuljahres, des sogenannten polytechnischen Jahrganges, brachte auch für den Nachwuchs in der Krankenpflege neue Probleme. Es wurde daher mit Bewilligung des Stadtschulrates für Wien eine Privatschule, und zwar die dreijährige Zentralfachschule für humanitäre Berufe, im Elisabethspital errichtet. Mit Erreichung des 18. Lebensjahres können die Absolventinnen dieser Schule die im Krankenpflegegesetz vorgeschriebene Kursabschlußprüfung für Stationsgehilfen ablegen und sofort als vollwertige Stationsgehilfinnen eingesetzt werden. Die Errichtung dieser Schule erlaubt die Erfassung der vierzehnjährigen Mädchen nach Abschluß der vierten Hauptschulklasse. Neben dem theoretischen Unterricht werden die Mädchen auch im Praktikum zu verschiedenen nicht mit der unmittelbaren Krankenpflege im Zusammenhang stehenden Diensten des Krankenhauses herangezogen. Diese zentrale Fachschule hat aber nicht nur den Zweck, direkt Mädchen der Krankenpflege als Stationsgehilfinnen zuzuführen, sondern es sollen daraus die geeigneten Mädchen auch in eine Krankenpflegeschule übergeführt werden und anderseits Schülerinnen, die den erhöhten Anforderungen der Krankenpflegeschule nicht gewachsen sind, in dieser Schule Aufnahme finden können. Mit Schulbeginn, anfangs September dieses Jahres, wurden 30 Bewerberinnen in den ersten Jahrgang der zentralen Fachschule aufgenommen.

Gastarbeiter für die Verwaltung

Wir haben bereits 1965 die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften bei der Stadt Wien in Erwägung gezogen. Ein gezielter und gelenkter Einsatz von Gastarbeitern zur Auffüllung des Unterstandes an Hilfsarbeiterpersonal erfolgt nunmehr seit dem Frühjahr dieses Jahres. Die Stadt Wien beschäftigt derzeit rund 640 ausländische Arbeitskräfte - davon sind ungefähr 600 jugoslawischer Nationalität und 40 Staatsangehörige anderer Nationen. Die Gastarbeiter stehen bei den Magistratsabteilungen 11, 17, 42, 43, 45, 48, 49, 59 und den Verkehrsbetrieben in Verwendung.

In diesem Zusammenhang darf die schwierige Frage einer geordneten Unterbringung unserer Gastarbeiter nicht unerwähnt bleiben. Derzeit haben wir diesen in gemeindeeigenen Unterkünften 460 Betten zur Verfügung gestellt. Solange die ausländischen Arbeitskräfte noch alleinstehend sind, lassen sich ohne allzu große Mühe geordnete Verhältnisse schaffen. Wenn die Gastarbeiter jedoch - und wer wollte ihnen dies auf die Dauer verwehren - ihre Familien nachkommen lassen, müßten entsprechende ausreichende Unterkünfte bereitgestellt werden, was selbstverständlich auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Dazu würde sich auch das Problem der schulischen Betreuung der Gastarbeiterkinder gesellen.

Sind die Wünsche der Gastarbeiter zunächst mit einem Arbeitsplatz und einer preiswerten Unterkunft erfüllt, wird aus dem reinen Arbeitsmarktproblem auch eine soziale Frage werden. Besondere Probleme ergeben sich, wie wir die Eingliederung der ausländischen Arbeiter bewältigen. Für einen leistungsbringenden Einsatz muß die geeignete Atmosphäre geschaffen werden. Es wird unumgänglich sein, für die Freizeitgestaltung der ausländischen Arbeitnehmer entsprechende Einrichtungen, wie Informations- und Aufenthaltszentren, zu schaffen. Die Stadt Wien wird für ihre 600 Gastarbeiter sicherlich ihren gebührenden Anteil leisten, wenn die Wirtschaft in Wien mit ihrer dreißigmal größeren Beschäftigungszahl bereit ist, dafür etwas zu tun. Eine große Anzahl der Gastarbeiter kennt weder die Sprache noch die Wohnweise, die Nahrung, die Bewohner, was zu Schwierigkeiten in bezug auf die Aklimatisierung führt. Auch die Auswahl des Dolmetschers stellt ein Problem dar. Die Betreuung unserer jugoslawischen Gastarbeiter besorgen zwei, der serbo-

kroatischen Sprache kundige städtische Bedienstete zur vollsten Zufriedenheit. Läßt man die überwiegend aus den Reihen der Unverbesserlichen kommenden Diskriminierungen außer acht, so sind die bisherigen Erfahrungen mit den bei uns beschäftigten Gastarbeitern, die im allgemeinen eine völlig andere Mentalität als wir haben, als gut zu bezeichnen. Bei der inländischen Arbeitnehmerschaft ist eine gewisse Tendenz dahingehend zu verfolgen, daß Gastarbeiter lediglich zur Verrichtung minderwertiger Tätigkeiten geeignet seien. Dies trifft allerdings teilweise zu, ist aber leicht erklärbar, wenn man sich auch hier mit der Mentalität der Gastarbeiter beschäftigt. Diese Menschen kommen zum großen Teil aus Ländern, in denen es unzählige Arbeitslose gibt, in denen es als Geschenk betrachtet wird, wenn man sein Bröt und das seiner Familie verdienen darf. Da ist es gleich, womit man sein Geld verdient, das Ansehen wird durch den ausgeübten Beruf nicht gemindert.

Zur Frage der Kriminalität der Gastarbeiter wäre zu sagen, es gibt eben hier wie dort schwarze Schafe, aber man kann nicht von den Entgleisungen weniger generell auf erhöhte Kriminalität der Gastarbeiter schließen.

Abschließend möchte ich zum Thema Gastarbeiter im Rahmen der Stadt Wien feststellen: Solange inländische Arbeitnehmer die Zahl der offenen Stellen nicht besetzen können, ist nichts selbstverständlicher, als daß Gastarbeiter zum Funktionieren des kommunalen Betriebes beitragen.

Personalaufwand der Verwaltung

Der Wiener Magistrat mit Ausnahme der Wiener Stadtwerke rechnet für das Jahr 1967 mit Personalausgaben von 3.023,52 Millionen Schilling. Der Personalaufwand übersteigt den des Vorjahrsvoranschlages um 344,14 Millionen Schilling. Unter Berücksichtigung der mit 1. Jänner 1967 zu erfolgenden Erhöhung der Bezugsansätze um 2,5 von Hundert steigt der Anteil des Personalaufwandes um 0,1 Prozent auf 29,9 Prozent und wird erstmalig mehr als 3 Milliarden Schilling betragen.

./.

Das Absinken der Nebenbezüge um 8.47 Millionen Schilling auf 286.65 Millionen Schilling hat seine Ursache darin, daß die unter dieser Post bisher veranschlagte Verwendungszulage infolge ihrer Ruhegenüßfähigkeit unter den Hauptbezügen veranschlagt ist.

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das kommende Jahr mit einem Personalaufwand von insgesamt 1.775,73 Millionen Schilling, das sind um 169,73 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr. Der Mehraufwand hat im wesentlichen die gleichen Ursachen wie beim Magistrat.

Dienstpostenplan

Der Dienstpostenplan für das Jahr 1967 sieht beim Magistrat mit Ausnahme der Wiener Stadtwerke gegenüber dem Voranschlag 1966 eine Vermehrung um 44 Dienstposten vor. Der Personalstand wird demnach im nächsten Jahr 34.782 Aktivbedienstete betragen. Die Dienstposten wurden beim vollbeschäftigten Personal um 22 auf 32.714, beim teilbeschäftigten Personal um 12 auf 1.277 und bei den Saisonkräften um 10 auf 791 vermehrt.

Wiederholt hat man sich vorgenommen, bei den Dienstpostenplanberatungen keine neuen Stellen zu bewilligen und wurde in dieser Absicht bestärkt, wenn man im Entwurf eine Anzahl neuer Posten vorfindet. Nun ist der jährlich zu beschließende Dienstpostenplan nur die Quittung für alle neuen und erweiterten Aufgaben, die der Verwaltung aufgetragen werden. Gegebenenfalls muß die Verwaltung einen Zweifrontenkrieg gegen die Verfechter einer Personalverminderung und gegen die Forderung nach mehr Personal führen - manchmal trifft sie auf beiden Seiten die gleichen Partner und ist deshalb gezwungen, eine Auswahl zu treffen, sich für die Förderung bestimmter Vorhaben zu entschließen. Es hat sich als richtig erwiesen, Schwerpunkte zu bilden: Nicht allen zu wenig geben, sondern wenigen wirksam helfen.

Bei den Wiener Stadtwerken ist für das Jahr 1967 ein Personalstand von 18.531 zu erwarten, das sind um 393 Bedienstete weniger als für 1966 vorgesehen waren.

Gehaltserhöhungen in der Verwaltung

In einer Vorschau für das Jahr 1967 zeichnen sich Gehaltsforderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ab. Obwohl jede Gehaltserhöhung für die Finanzlage der Stadt Wien eine Belastung bedeutet, wird die Wiener Gemeindeverwaltung sobald die öffentlichen Bediensteten mit der Regierung ein entsprechendes Übereinkommen erzielt haben, die berechtigten Forderungen ihrer Bediensteten so wie bisher erfüllen. ./.

Sollten sich auch die schon vor langer Zeit gehegten Forderungen der Gewerkschaften bezüglich eines neuen Gehaltsgesetzes erfüllen, müßte meiner Meinung nach bei der Erstellung der künftigen Schemata in manchen Belangen ein Umdenken hinsichtlich der Struktur erfolgen.

Nachwuchsfragen der Verwaltung

Unser Augenmerk werden wir dem Problem der Nachwuchsförderung und der Gewinnung von Nachwuchskräften zuwenden. Der erste Jahrgang der Kanzleilehrlinge beendet im Jahre 1967 seine Schul- und Berufsausbildung. Tüchtige junge Menschen werden aus der "Lehre" hervorgehen und nach abgeschlossener Ausbildung und Erwerb des Diploms Aufnahme in den Kreis der städtischen Bediensteten finden, wobei sie erstmalig die Möglichkeit geboten erhalten, ihre erworbenen Kenntnisse in die Praxis umzusetzen.

Die Absolventen des polytechnischen Jahrganges werden wir in Form eines Werbeprospektes durch überzeugende Argumentation zu gewinnen versuchen, unsere Mitarbeiter zu werden. Die Zahl der Aufnahmen soll in bisheriger Größenordnung erfolgen.

Auch die Modernisierung und Rationalisierung der Verwaltung muß im kommenden Jahr vehement weiterverfolgt werden.

Zuletzt möchte ich erwähnen, daß mit der in diesem Jahr kreierte Schwestertracht, sozusagen als erste Etappe, im nächsten Jahr die Krankenschwestern des Floridsdorfer Krankenhauses eingekleidet werden. Sollte sich die zweifellos modische Tracht auch in der Praxis bewähren, würde die endgültige Umstellung auf die neue Kleidung im Jahre 1968 anlaufen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Die Radiorede des Bürgermeisters
=====

10. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprechen morgen Sonntag, den 11. Dezember, um 19.45 Uhr im Ersten Programm Bürgermeister Bruno Marek und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft" Dr. Wolfgang Gerle über den Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1967.

In Anschluß an den nun folgenden Text des Gespräches bringen wir eine Kurzfassung!

- - -

Gesperrt bis Sonntag, 11. Dezember, 20 Uhr!

Bürgermeister Bruno Marek:

Geld der Wiener - Geld für die Wiener
=====

Der Budgetentwurf der Bundeshauptstadt als Teamwork und Präzisionsarbeit

10. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprachen am Sonntag, dem 11. Dezember, Bürgermeister Bruno Marek und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft" Dr. Wolfgang Gerle, über den Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1967.

Dr. Gerle: Guten Abend, meine Damen und Herren! Vorgestern Freitag begannen im Wiener Gemeinderat die Verhandlungen über das Budget für das Jahr 1967. Da das Budget der Stadt Wien für jeden einzelnen Bewohner der Bundeshauptstadt von großer Bedeutung ist, möchte Herr Bürgermeister Bruno Marek in seiner heutigen Sendung darüber sprechen, wie solch ein Voranschlag zustande kommt.

Bgm. Marek: Bereits Monate vorher wird von Fachbeamten festgestellt, welche Ausgaben im kommenden Jahr notwendig sein werden, ebenso wird auch errechnet, was an Einnahmen zu erwarten ist. An diesen Erhebungen und Berechnungen sind Beamte der zwölf Verwaltungsgruppen der Stadt Wien gleichermaßen beteiligt und es braucht wohl nicht betont zu werden, daß es keineswegs einfach ist, die vielen Wünsche dieser Gruppen zu einer Einheit zu formen.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, gibt es im Zusammenhang mit dem Wiener Budget besondere Probleme?

./.

Bgm. Marek: Problem Nummer 1, wenn ich so sagen darf, ist der Finanzausgleich. Unter dem Finanzausgleich versteht man die Verteilung der Steuererträge zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden. Solch ein Finanzausgleich wird jeweils für einen größeren Zeitraum beschlossen. Wie schon das Wort Ausgleich besagt, kann nicht auf die Wünsche einiger weniger Rücksicht genommen werden, sondern es muß zu einem Ausgleich aller Interessen kommen. Ist die finanzielle Situation des Staates gut, so wird der Finanzausgleich für alle Beteiligten günstig sein, ist die Lage jedoch schwierig, stehen weniger Mittel zur Verfügung.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, kann Wien mit dem jetzt abgeschlossenen Finanzausgleich zufrieden sein?

Bgm. Marek: Bei der Budgeterstellung schien es, als müßten wir aus dem Finanzausgleich Verluste von rund 100 Millionen Schilling im Jahr in Kauf nehmen. Das hat natürlich die Erstellung unseres Budgets sehr erschwert. Inzwischen kam es aber zu einer Klärung und der Finanzausgleich sieht nun für uns im kommenden Jahr einen Mehrertrag von etwa 27 Millionen Schilling vor. Man darf aber diese Summe nicht überschätzen, denn es ist noch gar nicht abzusehen, in welchem Ausmaß sich die vom Parlament beschlossenen Wirtschaftsgesetze und die sogenannte kleine Einkommen- und Lohnsteuerreform auswirken werden. Es besteht nämlich durchaus die Möglichkeit, daß es dadurch zu einer Verminderung städtischer Einnahmen kommt.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, Sie sagten am Beginn, daß die Vorarbeiten für das Wiener Budget 1967 schon vor Monaten begonnen hätten. Ich nehme an, sie begannen Ende August oder Anfang September.

Bgm. Marek: Nein! Sie begannen bereits im Frühjahr. Ich weiß, diese Tatsache wird viele überraschen, aber wenn Sie bedenken, wie groß die Gemeindeverwaltung ist, dann kann man verstehen, wie lange es dauert, bis auch die letzte Dienststelle ihre Erhebungen abgeschlossen und ihre Wünsche bekanntgegeben hat. Das auf diese Weise zustande gekommene Material wird durchgearbeitet und auf seine Dringlichkeit geprüft und schließlich der Finanzverwaltung gesammelt übermittelt. Ende September ist es dann so weit, daß das so entstandene Gesamtbudget mit den zuständigen Leitern der einzelnen Ressorts neuerlich durchgegangen werden kann und dem voraussichtlichen Einnahmenrahmen angepaßt wird.

Dr. Gerle: Und wann schaltet sich der Amtsführende Stadtrat für das Finanzwesen ein?

Bgm. Marek: Nach Abschluß der eben beschriebenen Vorarbeiten. Liegt ihm das gesamte Material vor, dann prüft er mit dem für die jeweilige Verwaltungsgruppe zuständigen Amtsführenden Stadtrat die betreffenden Unterlagen und gegebenenfalls werden gemeinsam Korrekturen vorgenommen. Nach Abschluß dieser Arbeiten wird entsprechend den Bestimmungen der Stadtverfassung sechs Wochen vor Beginn des neuen Budgetjahres, vom Amtsführenden Stadtrat für das Finanzwesen, das ist Herr Vizobürgermeister Felix Slavik, der von ihm endgültig entworfene Voranschlag für das kommende Jahr dem Finanzausschuß und dem Stadtsenat vorgelegt. Nach Verabschiedung in diesen Instanzen und noch bevor der Budgetentwurf dem Gemeinderat zugeleitet wird, steht er eine Woche lang allen interessierten Personen, also jedem einzelnen Wiener und jeder einzelnen Wienerin zur Einsichtnahme zur Verfügung. Es ist schade, daß von diesem Recht relativ wenige Menschen Gebrauch machen.

Dr. Gerle: Die im Jahr 1965 erlassene Novelle zur Wiener Stadtverfassung enthält die Bestimmung, daß der Gemeinderat zugleich mit der Genehmigung des Voranschlages zu prüfen hat, ob eine Änderung der von ihm festgesetzten Abgaben und Gebühren erforderlich ist. Herr Bürgermeister, welche Bedeutung kommt dieser Neuerung zu?

Bgm. Marek: Wie Ihnen bekannt ist, erbringt die Stadt Wien in den verschiedensten Bereichen entweder auf Grund gesetzlicher Regelungen oder auf privatrechtlicher Basis eine große Anzahl von Leistungen. Ich denke hier nur an die Müllabfuhr, die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung und an die städtischen Bäder. Für alle diese und für viele andere Leistungen hat auf Grund der bestehenden Rechtslage der Gemeinderat die Gebühren bzw. Tarife festzusetzen. Während der Gemeinderat bisher im Rahmen der Festlegung des Voranschlages für alle derartigen Leistungen bloß die Ausgaben- und Einnahmenbeträge der voraussichtlichen Höhe nach festzusetzen hatte, soll in Hinkunft dem Gemeinderat auch Gelegenheit geboten werden, bei der Festlegung der Budgetansätze zu überprüfen, ob und inwieweit die Gebühren den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen, beziehungsweise ob die privatrechtlichen Entgelte unter Beachtung aller in Frage kommenden Umstände beizubehalten oder zu ändern sind.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, umfaßt der Voranschlag der Stadt Wien auch die Wiener Stadtwerke?

Bgm. Marek: Nein, der Voranschlag der Stadt Wien umfaßt nur alle städtischen Dienststellen; die städtischen Unternehmungen haben auf Grund der Stadtverfassung gesonderte Wirtschaftspläne zu erstellen.

Dr. Gerle: Welche Einnahmen und Ausgaben sieht das Budget 1967 vor?

Bgm. Marek: Ich möchte mich darauf beschränken, die bedeutendsten Summen zu nennen. Wir rechnen im Jahre 1967 mit Einnahmen in der Höhe von rund 10,2 Milliarden Schilling, denen Ausgaben in der Höhe von rund 10,6 Milliarden Schilling gegenüberstehen.

Dr. Gerle: Wie hoch sind die Vergleichsziffern des laufenden Jahres?

Bgm. Marek: Stellt man dem Voranschlag 1966 den Entwurf für 1967 gegenüber, so zeigt sich, daß die Einnahmen für das Jahr 1966 mit 9 1/2 Milliarden Schilling und für das Jahr 1967 mit fast 10 1/4 Milliarden Schilling angenommen werden; das heißt, für 1967 sind die Einnahmen um 700 Millionen Schilling höher präliminiert. Auch die Ausgaben sind höher angesetzt. Während für das laufende Jahr Ausgaben von 9 3/4 Milliarden Schilling angenommen wurden, sind für 1967 mehr als 10 1/2 Milliarden Schilling veranschlagt. Die Ausgaben werden für 1967 gegenüber heuer um 875 Millionen Schilling steigen. Das ergibt einen Abgang, der heuer 236 Millionen Schilling und 1967 zirka 400 Millionen Schilling beträgt. Bereinigt man diese Summen um die Darlehen und Anleihebeträge, die aufgenommen und weitergegeben werden, so zeigt sich, daß gegenüber 1966 die Einnahmen um 10,8 Prozent und die Ausgaben um 12,4 Prozent höher veranschlagt sind.

Dr. Gerle: Daraus entnehme ich, daß beabsichtigt ist, im kommenden Jahr eine Anleihe aufzunehmen.

Bgm. Marek: Ja, es ist vorgesehen, für die Wiener Stadtwerke eine Anleihe von 500 Millionen Schilling aufzulegen. Sie wird für Investitionen im Bereiche der Gas- und Stromversorgung und der Verkehrsbetriebe verwendet.

Außerdem wird den Stadtwerken zur weiteren Kapitalaufstockung ein zusätzlicher Betrag von 150 Millionen Schilling aus allgemeinen Budgetmitteln zugeschossen.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, können Sie uns die wichtigsten Posten des Budgets 1967 sagen?

Bgm. Marek: Vom Gesamtbudget werden auf den Personalaufwand etwa 30 Prozent entfallen, das sind etwas mehr als 3 Milliarden, ferner entfallen auf den Sachaufwand fast 38 Prozent, auf die Investitionen rund 26 Prozent und auf von der Stadt Wien gegebene Darlehen 6 1/2 Prozent.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, wird der Personalstand gegenüber dem Voranschlag 1966 der Zahl nach unverändert bleiben?

Bgm. Marek: Praktisch ja, insgesamt werden nur 44 Bedienstete mehr vorhanden sein, wovon auf das ständige Personal 22 Personen entfallen. Beim aktiven Personal ist für 34.782 Bedienstete vorgesorgt. Die Zahl der Pensionisten wird um 329 steigen und 17.479 Personen betragen.

Dr. Gerle: Ist das nicht sehr viel?

Bgm. Marek: Diese Frage ist berechtigt. Aber bedenken Sie, daß allein für unsere Spitäler 14.550 Bedienstete vorgesehen sind, für Kindergärten etwa 1.200 Personen, für die Müllabfuhr, Stadtreinigung und Fuhrpark rund 2.500 und für die Feuerwehr zirka 1.200 Bedienstete ausgewiesen werden. Das ergibt, daß für die Verwaltung selbst nur mehr eine verhältnismäßig kleine Zahl von Bediensteten übrig bleibt.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, was sind die Schwerpunkte des Voranschlages der Stadt Wien für das Jahr 1967?

Bgm. Marek: Die Stadt Wien wird im Budgetjahr 1967 einen Betrag von rund 3,4 Milliarden Schilling ausgeben, der der Bauwirtschaft zugute kommt. Diese Summe beinhaltet Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues, zinsenlose Instandhaltungsdarlehen, mit denen der Althausbestand renoviert wird, die unmittelbaren Aufwendungen für den kommunalen Wohnhausbau, sowie für städtische Nutzbauten und Ausgaben für die laufende Erhaltung und Instandsetzung.

Für diese Zwecke werden 1967 um rund 190 Millionen Schilling mehr als heuer zur Verfügung stehen. Im Voranschlag 1967 ist auch die Fortsetzung beziehungsweise der Neubau von 20 allgemeinbildenden Pflichtschulen und Schulhäusern für das neunte Schuljahr sowie von 16 Kindertagesheimen vorgesehen. Beträchtliche Mittel sind auch für die Erweiterung beziehungsweise den Neubau von Spitälern veranschlagt. Ich darf in diesem Zusammenhang nur auf die Erweiterung des Wilhelminenspitals, die Errichtung einer Unfallchirurgie in der gleichen Anstalt oder die Errichtung eines Zentrallabors und einer Isotopenstation im Lainzer Krankenhaus hinweisen. Allein für den kommunalen Wohnhausbau wurde im Voranschlag 1967 mehr als eine Milliarde Schilling bereitgestellt, womit 5.200 Wohnungen errichtet werden können. Unter Einbeziehung von Förderungsmitteln aus der Wohnbauförderung 1954 und dem Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds, zu denen die Stadt Wien zusätzliche Mittel im Ausmaß von 50 Prozent gibt und durch Gewährung von Annuitätenzuschüssen auf Grund der Neuen Wiener Wohnbauaktion wird der Bau von weiteren 6.100 Wohnungen ermöglicht, so daß insgesamt Mittel für die Errichtung oder Förderung von 11.300 Wohnungen zur Verfügung stehen.

Dr. Gerle: Gibt es auch Schwerpunkte, die Ihnen Sorgen bereiten?

Bgm. Marek: Ja! Ich muß hier in erster Linie auf das ständig steigende Defizit bei den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten hinweisen, das die Stadtverwaltung vor immer größere Probleme stellt. Der aus allgemeinen Steuermitteln zu tragende Abgang dieser Anstalten wird im Budget für das Jahr 1967 einen Betrag von einer Milliarde und 150 Millionen Schilling erreichen! Allein in den Krankenanstalten wird der Abgang 860 Millionen Schilling betragen. Um das Ausmaß dieses Defizits richtig erfassen zu können, darf ich darauf hinweisen, daß mit diesem Betrag zirka 4.300 Wohnungen errichtet werden könnten. Demgegenüber werden die Leistungen des Bundes nach dem Krankenanstaltengesetz 46,5 Millionen Schilling und für die Deckung des klinischen Mehraufwandes 48 Millionen Schilling, zusammen also nur 94,5 Millionen Schilling betragen.

./.

Eine Erhöhung der Leistung des Bundes gegenüber den Spitalerhaltern ist daher unumgänglich notwendig, sollen die spitalerhaltenden Gemeinden ihre Aufgabe im Dienste der Volksgesundheit entsprechend erfüllen.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, hat es nicht in den letzten Tagen auch Verhandlungen über die Wohnbauförderung gegeben?

Bgm. Marek: Sehr richtig, wir haben in den Voranschlagsentwurf für 1967 als Leistung des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 einen Betrag von 180 Millionen Schilling aufgenommen. Während das Land Wien ab Einführung der Wohnbauförderung 1954 von den zur Verfügung stehenden Förderungsmitteln bis 1964 - 27,33 Prozent erhielt, wurde dieser Satz im Laufe des Jahres 1965 auf 24,27 Prozent herabgesetzt und sollte nunmehr auf 17,98 Prozent weiter gesenkt werden. Wenn es auch gelang, diese weitgehende Senkung des Wiener Anteiles zu verhindern, so muß demnach damit gerechnet werden, daß im Jahre 1967 gegenüber dem Voranschlag weniger Mittel zur Verfügung stehen werden.

Ich hoffe, daß es mir möglich war, Ihnen einen Überblick über den Voranschlag der Stadt Wien für das kommende Jahr zu geben. Seit Freitag wird er im Gemeinderat verhandelt und ich darf Ihnen versichern, daß dabei sämtliche Mitglieder des Gemeinderates sich ihrer hohen Verantwortung als gewählte Vertreter der Wiener Bevölkerung bewußt sind und nach bestem Wissen und Gewissen dafür sorgen, daß Beschlüsse gefaßt werden, zum Wohle aller Bewohner unserer Stadt.

+

Kurzfassung:

In seiner sonntägigen Radiorede befaßte sich Bürgermeister Bruno Marek mit dem Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1967. Er wies zunächst darauf hin, daß es monatelanger Vorarbeiten bedarf, bis der Budgetentwurf zustandekommt. Bereits im Frühjahr müssen die einzelnen Dienststellen ihre Wünsche bekanntgeben. Dann geht die Finanzverwaltung dieses Material mit den Leitern der Magistratsabteilungen durch, wobei schon Anpassungen an den voraussichtlichen Einnahmenrahmen erfolgen. Dann bespricht der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister

./.

Felix Slavik, mit den Amtsführenden Stadträten der zwölf Geschäftsgruppen alle Positionen, bevor der Budgetentwurf dem Finanzausschuß und dem Stadtsenat vorgelegt werden kann.

Vor Beginn der Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat wird der Entwurf zur öffentlichen Einsicht aufgelegt und es ist schade, daß relativ wenige Wiener von der Möglichkeit Gebrauch machen, den Budgetentwurf anzusehen und Wünsche und Anregungen dazu zu äußern. Seit der Novellierung der Stadtverfassung 1965 muß der Gemeinderat auch alljährlich die städtischen Abgaben, Tarife und Gebühren daraufhin überprüfen, ob sie den wirtschaftlichen Gegebenheiten noch Rechnung tragen. Die städtischen Unternehmungen haben ein eigenes Budget zu erstellen, das aber der Gemeinderat ebenfalls zu beschließen hat.

Der Voranschlag für 1967 rechnet mit Einnahmen von 10,25 Milliarden und mit Ausgaben von fast 10,6 Milliarden Schilling. Dies entspricht einer Einnahmesteigerung um 700 Millionen und einer Erhöhung der Ausgaben um 875 Millionen Schilling gegenüber 1966. Der Gebarungsabgang beträgt rund 400 Millionen Schilling.

1967 wird eine Anleihe von 500 Millionen Schilling aufgelegt, deren Erlös für Investitionen bei den Gas- und E-Werken und den Verkehrsbetrieben verwendet wird. Die Verkehrsbetriebe erhalten außerdem einen Barzuschuß von 150 Millionen Schilling aus allgemeinen Steuermitteln.

Der Personalstand erhöht sich 1967 trotz vermehrter Aufgaben nur um 44 Bedienstete. Insgesamt beschäftigt die Gemeinde Wien 34.782 aktive Bedienstete und sorgt für 17.479 Pensionisten.

Einer der Schwerpunkte des Voranschlages 1967 sind die Ausgaben für das Bau- und Baunebengewerbe, vor allem für den kommunalen Wohnhausbau, in dessen Rahmen 5.200 neue Wohnungen errichtet werden. Außerdem werden 6.100 Wohnungen finanziell gefördert, sodaß insgesamt 11.300 Wohnungen neu errichtet werden können.

Besondere Sorgen bereitet der Stadt die Spitalerhaltung. Der Gebarungsabgang der Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wird 1967 1.150 Millionen Schilling erreichen. Allein das Defizit der Spitäler macht 860 Millionen aus. Für dieses Geld könnte man rund 4.300 Wohnungen bauen! Die Bundeszuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz betragen aber nur insgesamt 94,5 Millionen Schilling.

Der Anteil Wiens an den Bundeswohnbauförderungsmitteln wurde wesentlich herabgesetzt.

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über Personalangelegenheiten
=====

10. Dezember (RK) Als erste Rednerin in der Debatte kommt GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) zu Wort. Sie meldet einige Wünsche an, die gerade von den weiblichen Gemeindebediensteten immer wieder vorgebracht werden. So sind vor allem die pragmatisierten weiblichen Gemeindebediensteten im Vergleich zu pragmatischen Bundesbediensteten schlechter gestellt, denn beim Bund kann sich eine Mutter bis zum 18. Lebensjahr ihres Kindes abfertigen lassen, bei der Gemeinde Wien jedoch nur bis zum 2. Lebensjahr. Diese Änderung erfolgte vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Novellierung des Dienstrechtes. In der Praxis ist es nun so, daß eine junge Familie in den ersten Jahren der Ehe noch größere Anschaffungen hat und die Frau vielfach erst zu Hause bleiben kann, wenn das Kind in die Schule geht. Es sei daher besonders bedauerlich, daß sie bei der Gemeinde Wien nicht die Möglichkeit hat, sich auch zu diesem Zeitpunkt noch abfertigen zu lassen.

Der Personalstadtrat hat in seinem Referat auch viel über Mangelberufe gesprochen und auch aus dem Dienstpostenplan ist zu ersehen, daß es eine weitere Einbusse an Fürsorgerinnen gibt, obwohl die Agenden von Jahr zu Jahr mehr werden. Durch die Einführung des neuen Lehrplanes und die neuen Aufnahmevoraussetzungen ist der Beruf des Fürsorgers oder der Fürsorgerin auch nicht anziehender geworden. Die Zahl der Absolventen steht in krasssem Widerspruch zum Bedarf. Der Personalnotstand ist vor allem in den Wiener Jugendämtern sehr groß und bringt es mit sich, daß manche Aufgaben, die nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz zu bewältigen wären, nicht im notwendigen Ausmaß erfüllt werden können. Das tritt bei Anzeigen wegen Kindesmißhandlung ebenso zu, wie auf die Hausbesuche nach der Geburt eines Kindes und ähnliches. Durch den Personal-mangel in Wien müssen Pflegekinder bereits in den Bundesländern untergebracht werden.

Die Ursachen, warum sich immer weniger Sozialarbeiter zur Verfügung stellen, müßten daher eingehend untersucht werden. In anderen europäischen Städten und Ländern liegen die Zahlen nämlich weitaus günstiger. So gibt es gegenwärtig in West-Berlin vier Sozialarbeiter-schulen, die jährlich rund 150 diplomierte Sozialarbeiter heranbilden. Schweden hat rund eine halbe Million Einwohner mehr als Österreich, bildet jedoch zehnmal mehr Sozialarbeiter jährlich aus. Vielleicht könnte durch die Hebung des Ausbildungsniveaus und durch eine bessere Bezahlung dieser Beruf anziehender gemacht werden. Die Rednerin bedauert es in diesem Zusammenhang, daß einem Wunsch ihrer Fraktion nach Schaffung eines eigenen Schemas für die Sozialberufe noch immer nicht entsprochen wurde. Auch die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat diese Forderung bereits erhoben. Die Bezahlung macht vielleicht nicht alles aus, aber sie wird sicher dazu beitragen, die Berufsentscheidung zu beeinflussen.

Unter den Kindergärtnerinnen sind auch viele Fälle bekannt, in denen die jungen Frauen nach wenigen Dienstjahren in die Privatwirtschaft abwandern, weil sie dort besser bezahlt sind. Dadurch gehen der Stadt Wien die Ausbildungskosten verloren.

Ein alter Wunsch der Kindergärtnerinnen ist die Gewährung einer Bildungszulage. Wenn sie schon in das Lehrerschema eingereiht sind, müßten sie auch die gleichen Möglichkeiten zu ihrer Fortbildung erhalten wie die Lehrer. Die Verwendungszulage, die jeder Beamte erhält, ist kein Ersatz für die zweckgebundene Bildungszulage, deren Verwendung durch entsprechende Belege nachgewiesen werden muß.

Ein weiteres Anliegen betrifft die Hebammenschule an der Semmelweisklinik. Deren Schülerinnen haben eine harte Ausbildung mit vielen Nachtdiensten, erhalten aber kein Taschengeld, wie ihre Kolleginnen an anderen vergleichbaren Schulen. Die Stadt Wien müßte dieses Taschengeld auszahlen, obwohl die Schule vom Bund erhalten wird und dürfte in diesem Punkt nicht kleinlich sein.

Bedauerlich ist auch, daß viele weibliche Bedienstete allzu lang in einem vertragslosen Zustand sind, weil ihre Dienstverträge nicht ausgefertigt werden.

Ein Hauptanliegen ist nach wie vor, den Sozialberufen größere Anziehungskraft zu geben. In Österreich sind sicher nicht weniger junge Menschen bereit, diese Berufe zu wählen als in anderen Ländern, wenn man ihnen in diesen Berufen die gleichen Chancen einräumt wie im übrigen Europa.

GR. Wiesinger (SPÖ) meinte, ein Vergleich mit der eigenen Vergangenheit sei sehr wohl angebracht und gab einen Rückblick auf die Entwicklung des Personalwesens der Stadt Wien seit 1945. Im Jahre 1946 wurde ein neues Dienst- und Besoldungsrecht geschaffen, das vielfach besser war als das des Bundes. 1948 begann man mit den Nebenbezügen, die für viele andere Gebietskörperschaften beispielhaft wurden. 1950 begann Wien mit der Pensionsautomatik und der Professionistenzulage. 1957 war der Beginn der Arbeitszeitregulierung, die bis 1. November 1959 zur 5-Tage-Woche für den größten Teil der Bediensteten führte. Die Verwaltungsgruppe I hat also große Aufgaben gelöst und das immer im besten Einvernehmen mit der Personalvertretung.

Bei steigender Leistung täglich ein Bediensteter weniger

Trotz der ständig zunehmenden Aufgaben ist der Personalstand von 57.000 im Jahre 1946 auf 51.000 im Jahre 1966 gesunken. Bei den Verkehrsbetrieben hat der Personalstand seit 1946 um rund 20 Prozent abgenommen. Man kann also sagen, daß Wien täglich einen Bediensteten verliert, obwohl die Verwaltungsaufgaben ständig zunehmen und auch die erbrachten Leistungen immer größer werden.

Vor allem ist es auch die Sauberkeit und Korrektheit, die der Wiener Stadtverwaltung in den Augen der Bevölkerung ein hohes Ansehen verleiht. Gerade angesichts der jüngsten Unzukömmlichkeiten, wie des Bauskandals, dürfen die Wiener mit einigem Stolz feststellen, daß ihre Stadtverwaltung sich von derartiger Korruption freigehalten hat. Dies ist kein Zufall, denn wo Sozialisten verwalten, ist es ungleich schwerer mit einer unsauberen Gesinnung Oberwasser zu bekommen. Freilich, auch Wien ist vor unredlichen Menschen nicht gefeit, aber wie solche Fälle dann von uns bereinigt werden, darin unterscheiden wir uns sehr wohl von den Praktiken anderswo.

Von 1946 bis 1963 gab es bei einem Durchschnittsstand von 54.000 Bediensteten jährlich nur durchschnittlich 94 Disziplinarvergehen, also nur bei zwei Promille der Bediensteten. Dieser Anteil

ist geringer, als die durchschnittliche Kriminalität in Österreich. Den Bediensteten der Stadt Wien gebührt daher der Dank des Wiener Gemeinderates für ihre korrekte aufopfernde Tätigkeit zum Wohl der gesamten Bevölkerung.

Gemeinderat Maller (KLS) erinnerte daran, daß er schon anlässlich der Debatte vom 18. November zum Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht ausführlich Stellung genommen hat. Vordringlich erscheine ihm nach wie vor das Gehaltsproblem. Wenn trotz großer Werbeausgaben der Personalmangel nicht gelindert werden konnte, so müsse man der Sache auf den Grund gehen, warum dies so ist.

Gemeinderat Maller stellt ferner fest, daß ein beträchtlicher Teil der in den Dienst der Stadt Wien eingetretenen Personen nach kurzer Zeit wieder kündigt, weil zahlreiche Versprechungen nicht eingehalten werden (Zwischenruf von Gemeinderat Wiesinger, SPÖ: Haben Sie konkrete Zahlen?) Konkrete Zahlen werde ich später nennen. Es ist bezeichnend, daß der Berichterstatter es vermieden hat, über die Entwicklung der Zu- und Abgänge etwas zu sagen.

Der größte Teil der Bevölkerung ist nicht bereit, in den öffentlichen Dienst zu treten. Andererseits aber gibt es Betriebe, die echte Entlohnung und gutes soziales Klima bieten und daher nicht an Personalmangel leiden.

Der Debattenredner kritisiert, daß die Gemeindebediensteten keine Abgeltung für die seit August 1965 eingetretenen starken Teuerungen erhalten. Verschiedene Dienststellen der Gemeinde haben ihren Unmut darüber bereits zum Ausdruck gebracht. In übrigen stelle das gestrige Angebot von Finanzminister Schmitz eine Verhöhnung der öffentlichen Bediensteten dar.

GR. Maller stellt sodann den Antrag, daß den städtischen Bediensteten in Würdigung ihrer außerordentlichen Leistungen ein einmaliger Betrag von 1.000 Schilling ausbezahlt werden soll.

Bei einem Vergleich mit der Vergangenheit zeige sich, daß 1965 die Personalkosten laut Rechnungsabschluß 28,37 Prozent der Ausgaben betragen, 1934 jedoch 39,5 Prozent (Zwischenruf von GR. Wiesinger, SPÖ: Tausende haben damals nichts gehabt!). Das ist richtig, aber die Bediensteten der Stadt Wien waren 1934 besser gestellt als die Leute in der Privatwirtschaft und beim Bund.

Der Debattenredner verweist auf verschiedene seiner früheren Vorschläge und verlangt eine Automatik der Gehaltsnachziehungen. Er ersucht den Berichterstatter, auch dem Verlangen nach einer 60prozentigen Witwenversorgung Rechnung zu tragen. Im weiteren stellt er erneut mehrere Forderungen für den Gehalts- und Pensionssektor, urgiert ein Unfallversicherungsgesetz und verlangt einen Hilflosenzuschuß für Frauen von Pensionisten. Er kritisiert, daß aus dem Dienstpostenplan nicht ersichtlich ist, wie viele Posten offen sind, und bezeichnet es als "Bauernfängerei", wenn man neuen Bediensteten statt der versprochenen Pragmatisierung nach zwei bis dreijähriger Wartezeit nur ein Vertragsverhältnis anbietet.

Das alles sind Gründe, aus denen ein Teil der Gemeindebediensteten den Dienst quittiert. Allein vom Jänner bis Oktober 1966 haben gekündigt: Mehr als 50 Fahrer und Schaffner der Verkehrsbetriebe, 50 Bedienstete in der Krankenpflege, 12 Kindergärtnerinnen, 10 Bedienstete der Gas- und E-Werke, 20 weitere Beamte sowie 20 Facharbeiter. Davon waren insgesamt 55 Prozent Männer, der Rest Frauen. Viele andere Bedienstete verlassen den Gemeindedienst bereits kurz nach ihrem Eintritt. Daß dies vor allem eine Gehaltsfrage ist, zeigt die Tatsache, daß fast alle, die gekündigt haben, ihre finanzielle Lage verbessern konnten. Ob der Personalmangel durch Aufnahme von Gastarbeitern überwunden werden kann ist fraglich.

Die Stadtverwaltung sollte bei ihren eigenen Bediensteten ebenso großzügig sein, wie bei der Vergabe von verschiedenen Arbeiten an Privatfirmen, bei der sie Stundenlöhne von 35 Schilling und mehr bezahlt. Schließlich fordert der Debattenredner, daß alle Bediensteten mit eigenem Haushalt eine Haushaltszulage bekommen. Ferner wäre es notwendig, den Gleichheitsgrundsatz einzuhalten. Gegenwärtig aber sind die Arbeiter in vielen Fällen gegenüber den Angestellten benachteiligt. Wiewohl man sich auch mit dem Gedanken vertraut machen, daß die 45-Stunden-Woche nach und nach verkürzt wird. In Graz und in Salzburg zum Beispiel gibt es schon die 42-Stunden-Woche.

Die Verweigerung einer gerechten Entlohnung für die Gemeindebediensteten basiert noch auf dem Ungeist der Koalition, meint GR. Maller und macht dann verschiedene Vorschläge für Verbesserungen. So verlangt er ermäßigte Straßenbahnkarten für die Gemeindebediensteten und kritisiert, daß die Samstage als Urlaubstage gerechnet werden. Er regt an, Werkküchen einzurichten, besonders bei großen Dienststellen, im Rathaus, im Wohlfahrtsamt, im Gesundheitsamt.

Zur rechtlichen Stellung der Lehrlinge meint der Redner, es sei bedauerlich, daß die Gemeinde noch immer nicht das Recht habe, Lehrlinge freizusprechen. Nach ihrer dreijährigen Ausbildung seien die Lehrlinge daher nichts anderes als Hilfsarbeiter.

Den Mangel an Schwestern will man bei der Gemeinde Wien durch den Einsatz von Hilfsschwestern lösen. Die Leidtragenden dabei sind aber die Kranken.

Für die Bediensteten der Straßenpflege verlangt der Redner eine Gefahrenzulage.

Gemeinderat Maller urgiert auch die Fünf-Tage-Woche bei den Verkehrsbetrieben. Daß sie möglich ist, hat Gemeinderat Kostelecky schon im Vorjahr bei der Budgetdebatte gesagt. Die Einstufung der Straßenbahner sei ungenügend, das ungerechtfertigte Strafsystem müsse beseitigt werden.

Abschließend erklärt der Redner, daß die KLS-Fraktion dem Personalbudget nicht zustimmen könne.

Gemeinderat Dr. Hirnschall (FPÖ) führt aus, daß die Frage der Besoldung heute im Mittelpunkt des Interesses der Bediensteten steht. Er hätte erwartet, daß Stadtrat Bock in seinem Referat über die Verhandlungen berichtet, die gestern abend stattgefunden haben. Zu Vorwürfen in der "Arbeiter-Zeitung", daß der Finanzminister nichts für die Wünsche der Beamten vorgesehen habe, meint Gemeinderat Dr. Hirnschall, daß auch im Voranschlag der Gemeinde Wien nichts für die Beamtenforderungen vorgesehen sei.

Die Preis- und Tariferhöhungen haben zu den ultimativen Forderungen der Beamten geführt. Das Problem dieser Teuerungsabgeltung wäre längst nicht so brennend, wären die Bezüge der öffentlich Bediensteten nicht so stark hinter denen der Privatwirtschaft zurückgeblieben.

International gesehen rangieren die österreichischen Beamtenbezüge an unteren Ende der Tabelle. Nach einer vom Außenministerium ausgearbeiteten Studie sind die öffentlich Bediensteten nur in Portugal und in der Türkei schlechter bezahlt. Das gilt vor allem für die Anfangsgehälter. Unser derzeitiges Gehaltsschema führt dazu, daß ein Bediensteter erst 40 bis 45 Jahre alt werden muß, um zu einem familiengerechten Einkommen zu gelangen. Das Gehaltsgesetz in Wien und die Besoldungsordnung fußen zwar formell auf den Bestimmungen, die im Jahr 1956 beschlossen wurden, im wesentlichen gehen sie aber auf ein Gehaltsgesetz der Monarchie zurück. Mit einem derartigen Gehaltssystem kann man heute nichts mehr anfangen. Der Redner verlangt daher die Schaffung eines neuen Gehaltsgesetzes für den öffentlichen Dienst, das eine Angleichung an die Verhältnisse in der Privatwirtschaft bringt und das sich seinem Aufbau nach nicht an die Türkei und Portugal anlehnt, sondern nach den übrigen Ländern des freien Westens orientiert. Man hat in dieser Frage schon zu viel Zeit verstreichen lassen, was nicht allein die Schuld der Dienstgeber ist. Die zwanzig Jahre der Koalition haben vielleicht dazu geführt, daß die Gewerkschaften zu viel Rücksicht genommen haben auf die wirtschaftliche Situation des Dienstgebers.

Bis zur Schaffung eines neuen zweckentsprechenden Gehaltsgesetzes muß zumindest verhindert werden, daß das Gehaltsniveau durch die ständige Teuerung nicht noch weiter absinkt und der Abstand zu den anderen Berufsgruppen immer größer wird. Die Gemeinde hat sich bisher immer auf den Bund ausgeredet. Das wird diesmal kaum möglich sein, da die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten beschlossen hat, sollten die Verhandlungen mit dem Bund nicht zielführend sein, eigene Verhandlungen zu führen. Käme man zu keiner baldigen Regelung, würde die Abwanderung qualifizierter Kräfte immer stärker. Der Abschluß von Sonderverträgen mit einigen Bediensteten sei keine Lösung, da diese Vorgangsweise böses Blut bei den anderen schafft.

Bei den Verkehrsbetrieben wäre auf dem Personalsektor eine vernünftige und gerechte Regelung des Wochendienstes notwendig und eine zeitgerechte Ankündigung dieser Dienste.

./.

Als bedrohlich kann die Personalsituation im Pflegedienst bezeichnet werden. Obwohl derzeit wegen Umbauarbeiten zahlreiche Betten gesperrt sind, fehlen 600 Krankenschwestern. Dieses Manko wird noch größer werden, wenn die Umbauarbeiten einmal abgeschlossen sind. Dazu kommt die Überalterung der 700 Ordenschwestern, die nach und nach aus den Spitälern abgezogen werden. Man soll sich nicht von der Tatsache täuschen lassen, daß die Schwesternschulen gut besucht sind. Berechnungen haben nämlich gezeigt, daß von jenen Schwestern, die vor fünf Jahren noch Dienst gemacht haben, heute nur mehr 50 Prozent berufstätig sind. Nicht alle aber scheiden aus familiären Gründen aus, bei vielen hat die übergroße Beanspruchung in diesem Beruf dazu geführt. Derzeit werden von den Schwestern über die 51 Wochenstunden hinausgehend, Überstunden verlangt, die nicht bezahlt werden. Nicht einmal die Mittagszeit wird in diese 51 Stunden eingerechnet.

Ein weiteres Problem ist, daß die diplomierte Krankenschwester eine relativ lange und schwere Ausbildungszeit hinter sich hat, in der sie qualifiziertes Fachwissen erwarb, dann in Beruf sehr viele Arbeiten verrichten muß, die dieser Ausbildung nicht entsprechen. Der Redner erhebt die Forderung nach einer besseren Einstufung des diplomierten Personals in den Krankenanstalten durch die Schaffung eines eigenen Schemas. Derzeit entfallen zum Beispiel im Allgemeinen Krankenhaus von 1300 Dienstposten der Gruppe C nur drei Posten auf die Dienstklasse IV oder V. Derzeit besteht also praktisch für diese Bediensteten keinerlei Aufstiegsmöglichkeit. Auch die Fürsorgerinnen haben kaum Aufstiegsmöglichkeiten.

Bezugnehmend auf die Bemerkung von Frau GR. Dr. Hubinek über die Benachteiligung weiblicher Beamter der Stadt Wien durch schlechtere Abfertigungsmöglichkeiten als bei den Bundesbediensteten erinnerte Dr. Hirnschall an seinen diesbezüglichen Abänderungsantrag vom 18. November, der damals aber bei der ÖVP keine Unterstützung gefunden hat.

Der Sprecher warnte auch davor, auf einem Tätigkeitsgebiet so viele Fremdarbeiter zu beschäftigen, daß man ganz auf diese angewiesen ist. Außerdem erwachsen durch Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte beträchtliche Spesen.

Die FPÖ werde gegen die Ansätze dieser Geschäftsgruppe stimmen, weil sie keine grundsätzliche Änderung in der Haltung dem Personal gegenüber erkennen lassen.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) forderte ebenfalls ein eigenes Gehaltsschema für Sozialberufe, das mehr Aufstiegschancen bietet. Sie verwies auf Salzburg, wo die Pflegeschulen mehr Anmeldungen als Plätze verzeichnen. In Wien werde auch von manchen Krankenschwestern die Diensterteilung nach dem "Radl" nicht geschätzt. Diesbezüglich müsse man mit den Schwestern diskutieren.

Die Krankenschwestern müssen auch ausreichende Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung haben. In Wien ist es immer noch sehr schwierig, eine Freistellung für den Besuch eines Kurses zu erreichen.

Im Internationalen Diplomverband entstand der Gedanke, die gesellschaftliche Geltung des Schwesternberufes durch einen "Tag der Krankenschwester" zu heben. Vorgeschlagen wurde dafür der 12. Mai, der Geburtstag der Florence Nightingale. Wien sollte bei der Einführung eines solchen Tages vorangehen.

GR. Hiltl stellte in diesem Zusammenhang den Antrag, die Stadt Wien möge eine sichtbare Auszeichnung in Form einer "Albine Pecha-Medaille" schaffen, die an Krankenschwestern für aufopferungsvolle und beispielgebende Pflichterfüllung verliehen werden soll.

Albine Pecha war jene junge Krankenschwester, die 1898 einen bei medizinischer Forschungstätigkeit an Pest erkrankten Arzt pflegte und kurz nach ihm in der Quarantäne starb. Der Arzt, Dr. Müller, erhielt im Allgemeinen Krankenhaus ein Denkmal, die junge Schwester aber ist in Vergessenheit geraten. Eine nach ihr benannte Auszeichnung würde die oft im Verborgenen erbrachten Leistungen der Krankenschwestern sinnvoll würdigen.

GR. Müller (SPÖ) gibt einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der sogenannten Formularkommission, die in ihren bisherigen 14 Sitzungen bereits zahlreiche Formulare textlich überprüft, viele Korrekturen vorgenommen und neue Texte entworfen hat. Änderungen werden allerdings nur dann vorgenommen, wenn die Vorräte eines Formulars zu Ende sind und neue Blätter gedruckt werden müssen.

Ferner hat die Kommission veranlaßt, daß die Tafeln und Schilder in den Amtshäusern überprüft und überflüssige Schilder entfernt werden. Mit dieser Materie wird sich die Kommission in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen.

So wertvoll alle Hinweise für die Arbeit der Kommission sind - sie werden natürlich berücksichtigt - so schwierig ist es, allen Ansichten gerecht zu werden. Sehr oft wird der goldene Mittelweg beschritten. Natürlich ist dabei auch die Kostenfrage entscheidend. Ferner zeigt sich, daß gesetzlich festgelegte Begriffe, wie zum Beispiel das Wort "Parteien", schwer durch andere ersetzt werden können. Es geht jedoch grundsätzlich darum, für die Formulare einen höflicheren und verständlicheren Wortlaut zu finden.

Als erfreulich bezeichnet der Debattenredner auch den indirekten Einfluß, den die Tätigkeit der Kommission auf viele Abteilungsleiter ausübt, mit denen wertvolle Kontakte gepflogen werden. Vielleicht hat die Arbeit der Kommission auch dazu beigetragen, daß in der neuen Geschäftsordnung des Magistrates auf Höflichkeit im Schriftverkehr und im Verkehr mit den Parteien besonderer Wert gelegt wird. Die Kommission will schließlich dabei behilflich sein, die "human relations" zwischen Bevölkerung und Verwaltung auszubauen.

GR. Dr. Bauer (ÖVP) weist einleitend darauf hin, daß wesentliche Dinge im Rahmen des Bundes von den beiden staatstragenden Parteien gemeinsam beschlossen werden konnten, so zum Beispiel das Gesetz über die Verstaatlichte Industrie. Auch Bürgermeister Marek führte erst vor kurzem mit dem Bautenminister eine fruchtbare Unterredung.

Im weiteren nimmt der Debattenredner zur Frage der jüngsten Beamtenforderungen Stellung und meint, man dürfe es sich nicht so leicht machen, wie GR. Dr. Hirnschall in seinem Debattenbeitrag, denn für jede Erfüllung einer Forderung muß ja auch eine Bedeckung da sein. Dr. Bauer zitiert sodann einen Bericht der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen in Europa (ECE), aus dem hervorgeht, daß Österreich im Jahr 1966 von allen EFTA-Ländern die geringsten Preiserhöhungen hatte.

Bei der Lösung des Problems der Beamtenforderungen muß bedacht werden, daß Bund, Länder und Gemeinden keine großen Reserven haben und daß den Bund eine Gehaltserhöhung um ein Prozent immerhin 200 Millionen Schilling kostet. Es ist erfreulich, daß in den Besprechungen der vergangenen Nacht sachlich verhandelt wurde. Innerhalb von sechs Stunden wäre eine Einigung möglich gewesen, würden nicht im letzten Augenblick gewisse Einwendungen gemacht worden sein. Die Verhandlungen gehen bereits am Dienstag weiter, und es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß es noch vor Weihnachten zu einer für alle trágbaren Lösung kommt. Der Debattenredner betont, daß die ÖVP die Forderungen der Beamten als berechtigt anerkennt. Ganz allgemein ist allerdings zu sagen, daß ein Nachgeben sowohl auf der Preis- als auch auf der Lohnseite in die Inflation führen würde. Zum Personalmangel bemerkte der Redner, es müsse hier doch auch festgehalten werden, daß von der Allgemeinheit immer größere Anforderungen an die Verwaltung gestellt werden. Das bedeutet mehr Arbeit, das bedeutet einen größeren Aufwand und das ist mit eine Ursache für die Personalknappheit. Allerdings ist sicher hier und da eine Hypertrophie in der Verwaltung festzustellen.

Dr. Bauer kommt dann auf Vorwürfe zu sprechen, die Gemeinderat Jodlbauer gestern gemacht hat, daß die Jungen nichts mehr von 1934 und 1938 wüßten. Wir haben es nicht selbst erlebt, ruft der Redner, aber wir wissen, daß unsere Väter darunter gelitten haben. Und man möge sich ansehen, wenn bei Veranstaltungen der Jugendbetreuung die jungen Gemeindebediensteten mit Zeitproblemen konfrontiert werden. Mit welcher Ruhe und Sachlichkeit, aber auch mit welcher Distanz und Verständnis, diskutieren und debattieren die jungen Leute über jene Dinge, die sich in der Vergangenheit in unseren Land abgespielt haben. Die Brunnenvergiftung aber wird von jenen Leuten betrieben, die außerhalb des Parlamentarismus stehen.

GR. Dr. Bauer beschäftigt sich dann mit einigen Forderungen der ÖVP zum Kapitel Personalangelegenheiten.

So verlangt er neuerlich die Ausschreibung von Dienstposten und verweist auf das Beispiel des Verkehrsministeriums, das durch Inserat in der "Arbeiter-Zeitung" Dienstposten ausgeschrieben hat (Gemeinderat Hofmann, SPÖ: Und im Verteidigungsministerium?). Bitte reden wir auch darüber, repliziert Gemeinderat Dr. Bauer. Im "Akt Lichtblau" hat sich ein Hinweis auf ein Befürwortungsschreiben des ehemaligen Staatssekretärs Rösch gefunden. Das Schreiben selbst aber fehlte. Wollen Sie weitere Beispiele?

Die ÖVP verlange außerdem seit langem den Einblick in die Dienstbeschreibung, wie dies beim Bund möglich ist. Andere Vorschläge zielen auf die Schaffung eines eigenen Gehaltsschemas für das Krankenpflegepersonal. Der Nebengebührenkatalog sei viel zu kompliziert, und umfangreich.

Hierauf geht der Redner auf, wie er sagt, "parteilpolitische Besonderheiten ihrer Verwaltung", ein. Er betont dazu, er sei ein absoluter Gegner des Proporz, wo er die Dummen schützt, aber dort dafür, wenn es um den Schutz einer Minderheit geht.

Gemeinderat Dr. Bauer führt dann einige Fälle an, ohne jedoch Namen zu nennen. So wurde einem Architekten-Absolventen einen österreichischen Hochschule dienstlich verboten, Akten als Architekt zu unterzeichnen. Der Mann ist mit 2.600 Schilling Gehalt eingestuft. Dafür wurde vor einigen Wochen ein gebürtiger Bulgare eingestellt, naturalisierter Österreicher, der vorher eine Fülle von Beschäftigungen ausübte, mit einem Sondervertrag von 4.000 Schilling. Oder: Ein junger Mann, 22 Jahre alt, ohne Vorbildung, wurde für das Gebiet der public relations ebenfalls mit Sondervertrag, 4.000 Schilling, aufgenommen. Das sind so die kleinen Lücken, durch die die Protektionskinder schlüpfen können. Der Bruder des jungen Mannes ist ein mir bekannter Sozialist.

Auf dem Gebiet der Information arbeitet aber die "Rathaus-Korrespondenz" ganz ausgezeichnet. Es ist daher nicht einzusehen, warum man jemanden aufnimmt, der keine journalistische Vorbildung hat.

Ein anderes Beispiel: die Witwe nach einem Gemeindebediensteten hat an die Magistratsabteilung 2 ein Ansuchen um Hilflosenzuschuß gestellt, aber keine Erledigung bekommen.

Wohl aber erhielt sie ein Schreiben der sozialistischen Fraktion der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, daß ihr Ansuchen abgewiesen wurde, weil die Höhe ihres Einkommens 2.600 Schilling übersteigt. Hier bestehen sehr merkwürdige direkte Kontakte zwischen einer Magistratsabteilung und der sozialistischen Fraktion der Gewerkschaft.

GR. Dr. Bauer stellt ferner fest, daß es Bedienstete geben soll, die zwar bei den Sozialisten eingeschrieben sind, aber die ÖVP wählen. Das sei eine Frage des Charakters. Er meint aber, was bleibe einem Bediensteten schließlich übrig, wenn er unter einem solchen Druck steht und dann doch dem BSA beitrifft.

Der Redner richtet sodann eine von Gemeinderäten der ÖVP gerichtete Anfrage an den Stadtrat für Personalangelegenheiten, betreffend Geldsammlungen bei magistratischen Dienststellen für Organisationen einer politischen Partei. Aus Kreisen der Gemeindebediensteten werden immer wieder Klagen laut, daß in den Dienststellen in Wahlzeiten und vor Weihnachten für Organisationen der SPÖ gesammelt wird, und daß vielfach Beträge in bestimmter Höhe gefordert werden. Der Stadtrat für Personalangelegenheiten wird aufgefordert, Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit jegliche Sammelaktionen für politische Parteien in den Dienststellen des Magistrates von Amtswegen untersagt werden.

Abschließend stellt der Redner fest, daß wir ein Budget vorliegen haben, das, wie man annehmen muß, nach sehr sparsamen Gesichtspunkten erstellt ist, und er habe die Pflicht, sich dem Dank anzuschließen, den Stadtrat Bock dem Personal für seine Leistungen bereits ausgesprochen hat. Er möchte jedoch seine Ausführungen nicht beenden, ohne noch auf ein Zitat aus der "Welt der Arbeit" hinzuweisen, wo es wörtlich heißt: "Die ÖVP haßt Wien". Gegen eine derartige Beschuldigung müsse man sich energisch verwahren, denn kein Mandatar der ÖVP habe jemals Anlaß zu einer solchen Äußerung gegeben. Sie lieben diese Stadt genauso wie jeder Wiener und jede Wienerin und deswegen geben sie den Ansetzten des Hauptstückes I ihre Zustimmung.

GR. Kostelecky (SPÖ) stellt fest, daß die Beratungen über das Budget für 1967, wie überhaupt Beratungen über den Haushalts-

plan im öffentlichen Dienst Anlaß dazu geben, Rückschau zu halten. Durch diese Rückschau erhalte man den nötigen Überblick und man kann dadurch feststellen, was für die Zukunft noch zu tun übrig bleibt.

Selbst wenn wir heute alle vorgebrachten Wünsche und Forderungen erfüllen könnten, gäbe es morgen bereits unzählige neue, denn gerade auf dem Personalsektor gibt es keinen Stillstand. Der Magistrat und die Stadtwerke beschäftigen 53.313 Bedienstete. Rechnet man die Pensionisten hinzu, so kommt man auf die gewaltige Zahl von rund 90.000 Menschen, die direkt von der Gemeinde Wien ihre Aktivbezüge oder Versorgungsgenüsse beziehen. Das heißt also, daß in Wien rund 180.000 Menschen direkt oder indirekt ihren Lebensunterhalt von der Gemeinde gesichert bekommen. Diese Zahl stellt damit auch eine gewaltige Wirtschaftskraft dar und es kann daher nicht gleichgültig sein, wie die finanzielle Lage der Bediensteten ist. Die Sozialisten sind der Meinung, daß der Lebensstandard der Bediensteten ständig zu verbessern ist. Dieser Erkenntnis wurde in der vergangenen Zeit immer Rechnung getragen.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und zur Gewährleistung der sozialen Sicherheit haben die im Jahr 1966 beschlossenen Dienstrechtsnovellen ebenso beigetragen wie die Pensionsordnung 1966 und andere gesetzliche Maßnahmen, auf deren Einzelheiten der Redner näher eingeht. Die Erhöhung der Witwenversorgungsgenüsse von 50 auf 60 Prozent konnte deshalb nicht durchgeführt werden, weil die ÖVP-Mehrheit im Parlament trotz Vorliegen bindender Absprachen den diesbezüglichen Antrag des Nationalratsabgeordneten Weisz abgelehnt hat, wobei auch jene Abgeordneten der Fraktion christlicher Gewerkschafter, die innerhalb der Gewerkschaft für die Erhöhung waren, gegen den Antrag stimmten.

Auch ein Beamten-Unfallversicherungsgesetz ist noch ausständig, weil der Verfassungsdienst beim Bundeskanzleramt dagegen Bedenken erhoben hat.

Zur Bemerkung von GR. Dr. Bauer, daß der Nebengebührenkatalog viel zu schwer sei, meint der Debattenredner, ihm sei er noch viel zu leicht. Im weiteren stellt der Redner fest, daß der Stadt Wien auch in der Frage der zukünftigen Besoldung der Gemeindebediensteten

wie immer daran gelegen sein, diese so zu gestalten, daß die Stadt als vorbildlicher und sozialer Dienstgeber gilt. Die Gehaltspolitik der Gemeinde Wien war schon des öfteren sogar Schrittmacher für Regelungen auf Bundesebene.

Die bisher härteste Verhandlung

In Interesse des Arbeitsfriedens sollte den Forderungen der öffentlich Bediensteten nachgekommen werden. Die Gehälter sind im übrigen nicht gegenüber der Teuerung im Rückstand, sondern gegenüber dem gestiegenen Nationalprodukt. Zum Verhandlungsergebnis von gestern nacht sagt der Debattenredner, dieses Ergebnis sei nicht nur nicht ermutigend, sondern für die Gewerkschaften niederschmetternd gewesen. Es sei die bisher härteste Verhandlung gewesen. Bei den Verhandlungen hat die Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, sie würde es lieber sehen, wenn über ein neues Gehaltsgesetz verhandelt würde. Wir sind auch dafür, aber ein neues Gehaltsgesetz hätte nur dann einen Sinn, wenn der Wert des Schillings und die Kaufkraft gesichert blieben.

Seitens der Gemeinde Wien wurde bei Gehaltsverhandlungen niemals gesagt, in Budget sei für Erhöhungen nichts vorgesehen. Der Personal- und der Finanzreferent haben immer noch Möglichkeiten zur Erfüllung der Forderungen gefunden. Die Gemeinde Wien ist stets bereit, gerechtfertigten Wünschen nachzukommen.

Zu verschiedenen Debattenreden von heute und gestern meint GR. Kostelecky: Bei der Erstellung der Gehaltsforderungen wurden nicht die Preiserhöhungen der letzten Wochen, sondern jene von zwölf Monaten (September 1965 bis August 1966) berücksichtigt.- Wir haben der Koalition keine Tränen nachgeweint. Aber wir müssen in einer ernstesten Zeit wie der heutigen alle jene Kräfte zur Zusammenarbeit aufrufen, die schon immer bereit waren, gegen die Diktatur zu kämpfen und die nach dem Krieg unser Land wieder aufgebaut haben. Wir müssen allen diese Leuten sagen, daß man das Gemeinsame in Österreich nicht vergessen dürfe und stets die Türen für die Zusammenarbeit offenhalten müsse.

Der Redner stellt richtig, er habe nicht gesagt, daß die Fünf-Tage-Woche bei den Verkehrsbetrieben bereits eingeführt werden kann. Er habe vielmehr seinerzeit erklärt, die Fünf-Tage-Woche könnte man heute schon einführen, wenn man die Dienst- und Betriebsvorschriften auf die Fünf-Tage-Woche umstellen würde. ./.

Dann würde aber die tägliche Belastung für die Bediensteten so groß werden, daß die geforderten Leistungen nicht mehr erbracht werden könnten.

Abschließend erklärt der Redner, er sei Stadtrat Bock dankbar, weil er immer Sorgen und Nöte der Bediensteten zu ihrer Zufriedenheit gelöst hat. Dieser Dank gelte auch den Beamten, denen man bei den Verhandlungen gegenüberstand. Er danke allen Bediensteten, die im Bewußtsein, den Bürgern unserer Stadt zu dienen, treu und ehrlich ihr Bestes geben.

Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) stellt Gemeinderat Dr. Bauer richtig, der gesagt hat, daß die Verhandlungen um ein Haar geklappt hätten, wenn nicht eine Kleinigkeit dazwischen gekommen wäre, und daß die absolute Anerkennung der Ansprüche der öffentlich Bediensteten vorhanden gewesen wäre. Dem hält der Redner entgegen, daß Finanzminister Dr. Schmitz in seiner Budgetrede im Oktober erklärt habe, daß keine wirtschaftlich berechtigten Ansprüche auf Abgeltung abgeleitet werden könnten. Hier wurden also die Ansprüche auf Gehaltserhöhung negiert. Auch der Bundeskanzler hat dies vor kurzem in einer Radiorede ausgedrückt.

Im Schlußwort erklärt Stadtrat Bock, er habe nicht erwartet, daß alles in Ordnung befunden werde. Wäre dies so, dann könnten wir eine Debatte ersparen. Es wurde eine Fülle von Fragen aufgeworfen. Anregungen, die derzeit noch nicht reif sind, werden wir im Auge behalten. Manche Anregungen sind es auch wert, überprüft zu werden.

Im Detail auf die Debatte eingehend, lehnt der Referent zunächst den kommunistischen Antrag ab. Die Stadt Wien hat Mehrleistungen stets abgegolten. Es gibt Verwendungszulagen und andere Zulagen zu diesem Zweck. Wir haben also rechtzeitig vorgesorgt.

Die Zahl der Dienstesentsagungen ist im Vergleich zur Privatwirtschaft bei der Gemeinde Wien keineswegs groß. Schon seit einem Jahr müssen die Bediensteten keine Stempelgebühr für den Anstellungsvertrag zahlen. Diese 75 Schilling zahlt die Stadt Wien selbst.

Die rechtliche Stellung der Lehrlinge: Sie erhalten von uns ein Diplom und werden selbstverständlich weiterbeschäftigt. Wir sind uns unserer Verpflichtung gegenüber unseren Lehrlingen bewußt und werden sie auch einhalten.

Über die Verhandlungen habe er nichts berichtet, weil er nur das sagen könne, was mit den Arbeitnehmern besprochen wurde und das sei aus der Aussendung bekannt. Er möchte nur vor allzu großem Optimismus warnen. Er stehe freilich auf dem Standpunkt, daß kurzgeführte Verhandlungen billiger sind und er hoffe, es werde gelingen, bald zu einem Ergebnis zu kommen.

Zum Einbau von Gehaltsforderungen im Budget: Die Kernfrage ist nicht, ob künftige Gehaltsforderungen bereits im Budget eingeplant sind oder nicht. Wichtig ist es vielmehr, daß eine Verwaltung instande ist, wenn außerordentliche Anforderungen an sie gestellt werden, diese im Laufe eines Jahres in ihrem Budget unterzubringen. Natürlich muß sich auch die Stadt Wien anstrengen, um das zu erreichen. Ihre Finanzpolitik ist jedoch - zum Unterschied zu der des Bundes - seit zwanzig Jahren eine Rücklagenpolitik. Diese Rücklagenpolitik ermöglicht es, solche Schwierigkeiten zu meistern und das ist die beste Garantie für unsere Gemeindebediensteten und daher gab es bisher noch keine Schwierigkeiten.

Bei statistischen Vergleichen, wie sie von Gemeinderat Dr. Hirnschall angestellt wurden, muß man immer auch die Produktivität eines Landes, die Lebenshaltungskosten, das Bruttonationaleinkommen und ähnliches berücksichtigen. Eine Integration Europas würde sicherlich bei der Nachziehung der Gehälter im öffentlichen Dienst große Schwierigkeiten mit sich bringen. Die Stadt Wien wird selbstverständlich ihren Anteil leisten. Es ist zu hoffen, daß es auch die anderen tun werden.

Den Dienst bei der Straßenbahn auf längere Sicht einzuteilen, stößt auf verschiedene Schwierigkeiten, denn die Frequenz wird vom Wetter beeinflusst, Krankenstände wirken sich aus und vieles andere.

Zur Fluktuation im Schwesternberuf: Die Konsultativversammlung des Europa-Rates hat sich mit diesem Problem beschäftigt und Empfehlungen ausgearbeitet, wie man die Schwierigkeiten bewältigen könnte. Achtzig Prozent dieser Empfehlungen waren bei uns bereits verwirklicht, ja auf bestimmten Gebieten sind wir bereits über sie hinaus. Diese Probleme sind in anderen Ländern vielfach noch größer als bei uns. So liegt in Frankreich zum Beispiel die Durchschnittsdienstzeit im Schwesterndienst zwischen 2,5 und vier Jahren.

Zur Forderung nach einer "Landesoberin" als Vertreterin der Schwestern: Für diese Funktion müssen die Voraussetzungen gegeben sein. Den Gedanken, einen "Tag der Krankenschwester" zu schaffen, kann man überlegen. Ob es zweckmäßig wäre, eine Medaille für Schwestern zu schaffen, sei fraglich. Für welche Leistungen sollte man diese Medaille verleihen? Würden wir mit ihr nicht "Helden der Arbeit" schaffen, und würden wir nicht alle jene vergrämen, die die Medaille nicht bekommen? Außerdem gibt es auch andere Bedienstetengruppen, die aufopferungsvoll tätig sind. Den diesbezüglichen Antrag auf Schaffung einer Medaille ersucht der Redner dem Gemeinderatsausschuß I. zuzuweisen.

Zu den Ausführungen von Gemeinderat Dr. Bauer: Er hat sich dagegen verwahrt, daß man sagt, die ÖVP hasse Wien und hat ein Bekenntnis zu Wien abgelegt. Der Stadtrat erinnert an die Zeit vor 1934, als man den Sozialisten vorgeworfen hat, sie hassen den Staat. In Wien hat man wiederum gesagt, die Regierung hasse das "Rote Wien". Das war in der Ersten Republik und wir wollen jetzt nicht nachforschen, wie weit diese Meinungen damals richtig oder falsch waren. Erfreulicherweise haben wir nach 1945 eine andere Entwicklung erlebt. Die Arbeiterschaft hat diesen Staat bejaht und sie tut es auch heute. Es erhebt sich jedoch die Frage, wie schaut es mit der Einstellung der ÖVP hinsichtlich Wien heute aus? Die Verhältnisse dürften nicht so eindeutig liegen, denn sonst müßte man nicht in diesem Haus und auch außerhalb darüber diskutieren. Hat nicht Gemeinderat Professor Bittner beim Parteitag der ÖVP gesagt: "Legt doch diese Einstellung gegen Wien ab!" Es ist bekannt, daß es viele Männer und Frauen in der ÖVP gibt, die sich bemühen, eine Stimmung gegen Wien zu verhindern. Man hat das Gefühl, diese Einstellung sei nicht gegen Wien an sich, sondern vielmehr gegen das von den Sozialisten verwaltete Wien. Aus diesem Grunde lehnt man unsere Stadt vielfach ab und macht ihr Schwierigkeiten. Beispielsweise läßt die Behandlung, die der Wiener Bürgermeister da und dort erfährt, darauf schließen, daß die Diskriminierung Wiens von gewissen Kreisen sehr bewußt betrieben wird.

Mit Einzelfällen, Personalangelegenheiten betreffend, soll sich der Gemeinderat nicht beschäftigen, und zwar im Interesse der Bediensteten selbst.

Was die Anfrage wegen Sammlungen in den Dienststellen der Stadt Wien betrifft, ist dazu zu sagen, daß sie nicht auf Kosten der Dienstzeit gehen dürfen. Aber es liegt keinerlei Anlaß vor, sie grundsätzlich zu verbieten. Auch der ÖAAB kann solche Sammlungen durchführen. Energisch ist jedoch jede Unterstellung zurückzuweisen, daß bei diesen Sammlungen von seiten der Sozialistischen Fraktion irgendein Druck auf die Bediensteten ausgeübt wird. Mir ist auch nichts bekannt von festgesetzten Beträgen, nach denen sich die Bediensteten richten müßten. Es ist auch zu betonen, daß es sich bei den Sammlungen um wohltätige, karitative Zwecke handelt, die man mit gutem Gewissen unterstützen kann. Mir ist es lieber, das Geld für solche Zwecke kommt aus diesen Kreisen, als es fließt aus irgendwelchen dunklen und obskuren Quellen! Keinesfalls soll man aus derlei Dingen politischen Profit schlagen wollen.

Unsere großen Aufgaben sind nur mit einem zufriedenen Personal zu bewältigen und diese Erkenntnis leitet unser ganzes Bemühen.
(Beifall bei SPÖ und ÖVE)

In der darauffolgenden Abstimmung wurden die Budgetansätze des ersten Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen. Der Antrag der KLS-Fraktion wurde abgelehnt.

Der Vorsitzende, GR. Helene Potetz, unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden Montag, den 12. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, fortgesetzt. Es referiert Stadtrat Gertrude Sandner.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -